

Ein Grund für  
das transatlantische  
Zerwürfnis?

## Elitenwandel und außenpolitische Orientierung

Beate Neuss

Bonn war nicht Weimar. Berlin ist nicht Bonn? Die über den Bundestagswahlkampf 2002 hinausreichende konfrontative Politik gegenüber den Vereinigten Staaten, nicht zuletzt der Ton der Auseinandersetzung, schließlich der demonstrative Schulterchluss mit Frankreich und Russland gegen die USA – sind sie nicht Vorboten eines Abschieds von den Grundfesten deutscher Außenpolitik, Vorboten eines „deutschen Weges“?

Auch in den USA hat sich der Stil des Umganges mit Deutschland und den europäischen Partnern geändert, aber der Stil ist auch Ausdruck der Politik. Mit Verbündeten geht man neuerdings im Ton ruppig um, Entscheidungen, selbst solche, die Verbündete betreffen, werden ohne ausreichende Konsultationen verkündet. Der Wille, die einzige Weltmacht zu sein und die Weltordnung zu gestalten, ist unverkennbar. Gehandelt wird vorbei an multilateralen Organisationen und dem Völkerrecht, unilateral, nicht im Konzert mit den Verbündeten, Großbritannien einmal ausgenommen.

Was verursachte nun das transatlantische Zerwürfnis? Ist es die im Vergleich zur Zeit vor 1990 veränderte internationale Konstellation, oder ist es der Wandel der Elite auf beiden Seiten des Atlantiks?

Außenpolitische Eliten definieren das nationale Interesse spezifisch, gemäß ihrer jeweiligen WahrnehmungsfILTER, die durch grundlegende Präferenzen geprägt sind. Auch wenn der Wähler den außenpolitischen Kurs schließlich im Paket mit anderen Fragen billigen muss, so ist es

doch die Aufgabe der Elite, den zunehmend bruchstückhaft informierten Wählern Orientierung zu geben, die disparaten Informationen zu strukturieren, den komplexen Hintergrund allgemeinverständlich zu erläutern, für den außenpolitischen Kurs zu werben und Mehrheiten für ihn zu gewinnen. Politische Eliten sind weder in der Außenpolitik noch in der Innenpolitik der Stimmung des Wahlvolkes ausgeliefert. Grundlegende außenpolitische Entscheidungen der Bundesrepublik wurden gegen das herrschende Meinungsklima und handfeste demoskopische Ergebnisse getroffen und dennoch anschließend von der Bevölkerung mehrheitlich positiv bewertet: Die Wiederbewaffnung, die Nachrüstung und noch vor kurzem der Euro sind Beispiele dafür. Bezogen auf das letzte Jahr, ist zwar zu konstatieren, dass die Versuchung für Politiker groß war, das außenpolitische Meinungsklima in Wahlstimmen umzumünzen, so knapp, wie der Abstand zwischen Regierung und Opposition war. Aber hätte man ihr früher so bedenkenlos nachgegeben?

Auch im Informationszeitalter bedeutet regieren: steuern, wie die lateinische Wurzel des englischen „to govern“ (gubernare) zeigt. Das ist: Die Kunst der Überzeugung einsetzen, durch gesprochene und geschriebene Worte sowie durch Symbole, die Kunst, einen Mehrheitswillen zu erarbeiten und in eine Richtung lenken.

So ist davon auszugehen, dass der Elitenwechsel mit der rot-grünen Regie-

zung, der zugleich ein genereller Generationswechsel war, zur Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen wesentlich beitrug. Dies wirkte deshalb so stark und nachhaltig, weil sich die internationale Gesamtlage gravierend verändert hat. Zwei Daten sind hier entscheidend: die Zäsur 1990/91 und der September 2001. Condoleezza Rice nannte sie jüngst die Buchstützen einer Transformationsperiode.

### Der Generationswechsel

Bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein war die außenpolitische Elite in der deutschen Regierung und im Bundestag von der Generation dominiert, die den Krieg, die unmittelbare Nachkriegszeit und die intensive Phase des Kalten Krieges erlebt hatte und durch diese Ereignisse geprägt war. Dies galt auch für die amerikanische Seite, die mit Bush senior einen im Kalten Krieg erfahrenen Mann an der Spitze hatte; für Clinton traf dies bereits nicht mehr zu. Außenpolitik hatte für diese Generation einen zentralen Stellenwert: Von einer guten, erfolgreichen Außenpolitik hing es über lange Perioden und inschwerwiegenden Krisen ab, ob die Bundesrepublik – auf amerikanischen Schutz bauend – frei und westlich orientiert bleiben oder unter sowjetischen Einfluss geraten würde. Für die USA war entscheidend, ob Westeuropa ihr Vorfeld bleiben und die amerikanische Gegenküste und der Handelsraum auf der anderen Seite des Atlantiks westlich und demokratisch-marktwirtschaftlich orientiert erhalten bliebe. Im Vergleich zu den Jahren nach 1990 war Außenpolitik für beide Staaten buchstäblich existenziell und im Großen und Ganzen von der gleichen Wahrnehmung der Bedrohung geprägt. Außenpolitik musste mit Seriosität betrieben werden, eine Instrumentalisierung auf Kosten der Partner verbot sich weitgehend.

Nach 1990/91 war zunächst eine existenzielle Gefährdung nicht mehr gege-

ben. Die Bedeutung von Außenpolitik schwand in Deutschland zugunsten der Innenpolitik, anfangs mit der Ausnahme der Europapolitik. In den USA traten sowohl Clinton wie auch Bush unter dem gleichen Diktum des Primates der Innenpolitik an, sahen sich aber dann doch rasch auf ihre Position als global präsekte Macht verwiesen. Im Unterschied zur deutschen wird die amerikanische Elite *nolens volens* rasch zu einer globalen Sicht gezwungen.

Im September 2001 schienen die Wahrnehmungen von Bedrohung kurzzeitig wieder zusammenzufallen, als der Bundeskanzler von der „uneingeschränkten Solidarität“ sprach. Dennoch waren sie von Anfang an unterschiedlich: Amerika sieht sich im Krieg, Deutschland sieht die USA von Terroranschlägen betroffen. Die Diskrepanz in der Gefährdungsanalyse ist beträchtlich und seit dem September 2001 eher noch gewachsen: Als Ziel des islamistischen Terrors gilt der deutschen Elite die USA, nicht die westliche Welt – daran änderten auch Djerba und Bali nichts. 52 Prozent der Deutschen sahen in der amerikanischen Außenpolitik eine Mitschuld an den Anschlägen. Dem hat die Führungselite nicht entgegengewirkt. Die amerikanische Führung verschärft hingegen das Gefühl des Bedrohtseins im eigenen Land.

Auf beiden Seiten kommt ein markanter Wandel in der Selbstwahrnehmung hinzu. Deutsche Regierungen waren sich, einschließlich der Regierung Kohl, einer gewissen Sondersituation bewusst: Sicherheitspolitisch war die Bundesrepublik bis 1990 alternativlos abhängig von Washington, nicht voll souverän, belastet durch die Geschichte, schließlich dankbar über die so einzigartige Unterstützung der Vereinigten Staaten bei der Wiedervereinigung. Hier grenzt sich die neue Regierung ab: Aus der Vergangenheit werden keine persönlichen Verpflichtungen gegenüber den USA und ihrer Regierung

empfunden – weder aus der Geschichte des „Dritten Reiches“ noch aus der Unterstützung für die Einheit heraus. Hängt dies, wie Klaus Schwabe mutmaßt, mit dem geringen Streben nach deutscher Einheit bei Rot-Grün zusammen? Die Regierung Schröder betont sowohl in der EU wie auch im transatlantischen Verhältnis das nationale Element und wendet sich selbst von multilateraler Politik ab. Nur so ist zu erklären, dass eine UNO-Entscheidung für einen Irak-Einsatz keine Geltung für Deutschland haben sollte. Gerade die SPD, aber auch die Grünen können dabei auf eine lange Tradition nationalistischen und neutralen Gedankenguts in der Nachkriegszeit zurückblicken: Nach 1945 standen die Nationalisten links, die Internationalisten waren die Konservativen, also die Unionsparteien. Egon Bahr ist heute vielleicht der bekannteste Repräsentant dieses „deutschen Weges“. In Washington hingegen ist die deutsche Geschichte sogar personell unter der heutigen Führungselite präsent: Bush senior war entscheidend für den Verlauf des Einigungsprozesses, Condoleezza Rice, Richard Cheney, Colin Powell, um nur einige zu nennen, waren auf amerikanischer Seite die Bauzeichner. Selbstverständlich sind sich amerikanische Regierung und Medienelite bewusst, dass nur amerikanische Präsenz Deutschland frei und demokratisch erhielt und dass für die USA Gefahren mit dieser Garantie verbunden waren. Selbstverständlich ist die unselige Vergangenheit Deutschlands noch präsent.

Aber auch die Selbstwahrnehmung der Vereinigten Staaten hat sich verändert. Die Repräsentanten der einzig verbliebenen Supermacht wissen um ihr herausragendes militärisches Potenzial und ihre globale Machtposition, die sie zum „last resort“ bedrängter Völker werden lässt (Balkan) – eine Rolle, die weder ein anderer Staat, noch die EU ausfüllen

kann. Auf amerikanischer Seite werden so bestehende Erfahrungen bei wachsendem Machtbewusstsein fortgeschrieben, auf deutscher Seite hingegen die „Normalität“, damit auch die mögliche Distanzierung, proklamiert, bei zunehmender Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit.

## Die ideologische Prägung

Gemeinsame Werte und ideologische Verbindungen, so Vilfredo Pareto, definieren die Identität einer Elite. Gemeinsame Erfahrungen und Ideen motivieren ihr Vorgehen. Es ist also von Bedeutung, welche Kernauffassungen und prinzipielle Orientierungen und Werte jeweils vorherrschen.

In Deutschland fand 1998 nicht nur ein massiver Personalwechsel im Bundestag statt, sondern vor allem ein Regierungswechsel, der die 68er-Generation an die Spitze des Staates brachte. Zwar sind die Kriegs- und Nachkriegsgeneration wie auch die 68er gleichermaßen durch die USA geprägt, nur sind sie es in höchst unterschiedlicher Weise.

Die in der Regierung – und lange auch in den Medien – überwiegende Sichtweise der Kriegs- und Nachkriegsgeneration verband mit den USA positiv die Erziehung zu Demokratie, Pluralismus und den wachsenden Wohlstand in der Marktwirtschaft sowie den militärischen Schutz als Garantie der eigenen Existenz. Die wirtschaftlichen und technologischen Leistungen wurden bewundert und waren Maßstab. Der Antiamerikanismus des frühen 20. Jahrhunderts, der das Amerikabild auf die materialistische, geschichts- und kulturarme Zivilisation reduzierte und ihr die konservative nationale Kulturauffassung entgegensetzte (exemplarisch in Thomas Manns Bekenntnissen eines Unpolitischen), war überwunden. Mit der Studentenbewegung entstand jedoch ein Amerikabild, das die 68er-Generation prägte, und zwar auch diejenigen, die nicht

mit Joschka Fischer den Straßenkampfproben. Statt Care-Pakete und Marshall-Plan sind es nun Rassendiskriminierung, extreme Ungleichheit, Vietnam, „kapitalistische Ausbeutung“, „Konsumterror“ und „Dollarimperialismus“. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der USA wurden durch die Brille der Faschismus- und Imperialismustheorien sowie der Technikfeindlichkeit gesehen. Die Bundesrepublik und ihr politisches System erschien als Kreatur der USA, ihr Status als der eines Protektorates. Es ist das einseitige Bild aus Stereotypen und Klischees, das diesen Antiamerikanismus ausmacht, nicht die berechnete Kritik im Detail.

Weite Kreise der intellektuellen Elite wurden seit den späten 60er Jahren von diesem Gedankengut erfasst. Schulen und Hochschulen trugen zur Prägung eines Wahrnehmungsfilters bei. Das Muster konnte seit der Studentenbewegung mithilfe der 68er-Generation zweimal neu eingeübt und reaktiviert werden, und zwar in gewissermaßen idealen Zeitabständen, um Nachwachsende zu prägen: 1979–1983 in der Mobilisierung zum Massenprotest gegen die Nachrüstung und erneut im Irak-Krieg 1990–1991. Der Reflex ist also noch frisch abrufbar. Amerikanische Politik wurde und wird durch diese dargestellten Analyseraster interpretiert. Welche Politik auch immer, das Feindbild ist definiert, die USA können es nicht recht machen: Menschenrechtspolitik zum Beispiel wird entweder als Machtpolitik oder Heuchelei dargestellt. Die Betroffenen sind nicht bereit, andere Interessen der USA als machtpolitische und materielle wahrzunehmen. Dies ist in der Argumentation zu beiden Irak-Kriegen leicht ablesbar: Die amerikanische Regierung gilt als Hauptagent des Finanzkapitals und der großen (Öl-)Konzerne, die ihre politischen Entscheidungen lediglich nach den materiellen Interessen ihrer Klientel trifft. Kritik am „Dollarimperialismus“ wurde durch die Kri-

itik an der Globalisierung und dem Vorwurf der MacDonaldisierung der Welt ersetzt. Anti-Globalisierung ist über weite Strecken Synonym für Antiamerikanismus. Kulturkritischer Antiamerikanismus, in der ersten Hälfte des Jahrhunderts im deutschen Bürgertum verhaftet, ergänzt nun den politischen und gesellschaftlichen Antiamerikanismus.

An dieser Stelle ist auch an die bei den 68ern gängige Auffassung zu erinnern, dass die Bundesrepublik eine Äquidistanz zu den USA und der UdSSR suchen sollte. Die Äquidistanz der Linken war oft mit einer Nähe zur Sowjetunion und zur DDR verbunden, die ja nach deren Auffassung auf bestem Weg waren, nur mit kleinen Mängeln in der Durchführung. Vielleicht liegt hierin eine Antwort darauf, warum Berlin in ausdrücklicher Distanzierung von Washington so eng mit dem autokratischen Putin kooperieren kann und auch die Medien an dem seltsamen Wechsel der Freundschaft keinen Anstoß nehmen. Mit der Qualifizierung amerikanischer Politik als „Abenteurertum“ gab der Bundeskanzler den Ton vor und machte Bush-Bashing hoffähig. Bei aller Skepsis, die ein Adenauer, Brandt oder Schmidt den USA entgegengebracht haben, so ist dieser Ausdruck symptomatisch für ein grundsätzlich gewandeltes Amerikabild. Bei aller Skepsis, die amerikanischen Präsidenten und ihre Außenminister hinsichtlich der Zuverlässigkeit deutscher Verbündeter haben, so hatten sie doch stets versucht, sie nicht zu verprellen. Ein weiteres Element der Entfremdung von den USA: Die 68er-Generation kennzeichnet ein selbstgerechter Moralismus. Sie hat vermeintlich die Fehler und Verbrechen ihrer Eltern aufgearbeitet, was sie in ihren Augen berechtigt, mit dem moralischen Zeigefinger auf die USA und ihren Verbündeten Israel zu weisen. Mit der „aufgearbeiteten“ Vergangenheit im Gepäck konnte man in den Anti-Vietnam-Demonstrationen genauso unbefangen den Slogan

„USA-SA-SS“ skandieren, wie man sich rasch und einseitig auf die Seite der Palästinenser stellte. Manches korrigierte die Regierungsverantwortung, nicht aber die grundsätzliche ideologische Prägung. Vielleicht ist auch so zu erklären, warum Herta Däubler-Gmelin in ihrem nicht nur historisch falschen Vergleich zur außenpolitischen Strategie Bushs ausgerechnet Hitler einfiel. Der selbstgerechte Moralismus in der außenpolitischen Legitimation führt dazu, den deutschen Militäreinsatz gegen Milosevic mit Bezug auf Hitler zu rechtfertigen („nie wieder Auschwitz“), dies im Kosovo auch ohne UNO-Zustimmung, den USA aber mit dem Vorwurf des Imperialismus die Entmachtung des Massenmörders Saddam Hussein zu verwehren und aktiv an der Verhinderung eines UNO-Mandates mitzuwirken.

Das ostdeutsche Amerikabild ist primär durch die Staatsideologie der DDR geprägt. Sie vermittelte die gleichen Klischees und Stereotypen wie die westdeutschen Linken. Dies wirkt bis heute nach. Mehr noch: Wir wissen heute aus den Akten der SED und des MfS, dass die DDR über ein weitverzweigtes Netz an Tarnorganisationen Einfluss auf das Amerika-Bild Westdeutschlands genommen hat und sowohl in der Studentenbewegung wie auch während der Nachrüstungsdebatte die Diskussion massiv gesteuert hat. Zum Teil wurden selbst die Slogans in Ost-Berlin entworfen. Ziel war die Abkoppelung der Bundesrepublik von den USA. Das Amerika-Bild der westdeutschen Friedensbewegung hat wiederum auf die unabhängige ostdeutsche Friedensbewegung eingewirkt, denn die regimekritischen Intellektuellen schauten auf die westdeutsche Linke. Ostdeutsche Umfragewerte weisen seit langem schlechtere Sympathiewerte für die Amerikaner und negativere Zahlen für die Zustimmung zur amerikanischen Politik aus.

Bezogen auf ganz Deutschland, zeigen Umfragen noch immer gute Sympathiewerte für die Amerikaner. Hoch ist die Zahl derjenigen, die den Irak-Krieg ablehnen. Die Umfragen dürften signalisieren, dass in der Bundesrepublik ein Bekenntnis zum Antiamerikanismus keine akzeptierte Haltung ist. Es fragt sich nur, was es politisch bedeutet, dass die Bevölkerung zwischen „dem“ Amerikaner einerseits und der Regierung, dem politischen System, der Gesellschaft und Kultur andererseits unterscheidet. Da Demokraten und Republikaner in Fragen der Todesstrafe, des Kyoto-Protokolls und der Antwort auf den 11. September keine gravierend unterschiedliche Haltung einnehmen, lässt sich aus Umfrageergebnissen nicht ablesen, dass die Bevölkerung einer anderen Regierung mit mehr Sympathie begegnen wird. Das Bild amerikanischer Politik, das Michael Moore verbreitet (*Stupid White Men*), wird haften bleiben, weil es bestehende Wahrnehmungsmuster verstärkt.

Die amerikanische Elite moralisiert die Außenpolitik ebenfalls; darin unterscheidet sie nichts von den Eliten in Deutschland. Die amtierende Regierung benötigt den Bezug auf Hitler, um den Irak-Krieg zu rechtfertigen. Aber die amerikanische Art der Moralisierung der Außenpolitik stößt sich hart mit der deutschen, da die Argumente letztlich von einer Überlegenheit des amerikanischen Wertesystems ausgehen und seine Gültigkeit für die gesamte Welt postulieren. Die amerikanischen Kategorien sind aus dem spezifischen religiösen Kontext des amerikanischen Puritanismus erwachsen. Nicht erst Bush entwickelte die Vorliebe, die Welt in Gut und Böse einzuteilen. Sie ist auch älter als die deutsche Linke so empörende Äußerung Reagans über das „Empire of Evil“ und Bushs „axis of evil“. Traditionell spiegelt sich in den Verlautbarungen das Bewusstsein einer besonderen amerikanischen Mission, eines *mani-*



*fest destiny*. Das religiös motivierte Sendungsbewusstsein unter Bush befremdet besonders in einem religiös zunehmend indifferenten Land wie Deutschland.

Die tiefe Überzeugung, dass Demokratie, freie Entfaltung des Individuums und Marktwirtschaft letztlich für alle Gesellschaften und Menschen die beste Lebensform garantieren, schlägt sich in Arroganz und Überheblichkeit nieder. Verstärkt wird diese Überzeugung durch den Sieg im Kalten Krieg und durch das stets präsente Bewusstsein, die mit Abstand stärkste Macht zu sein. Bezüglich des politischen Stils hat auch die amerikanische Führung das rechte Maß verloren. Die Verbindung von idealistischer Rhetorik und Interessenspolitik wirkt in Deutschland so negativ, weil die Verbreitung der Werte eines als imperialistische Macht betrachteten Landes *per se* nicht richtig sein kann und weil hier die Wertschätzung des eigenen Systems nicht groß genug ist, um es der Welt anzuempfehlen.

### Auseinander driftende Wahrnehmungen

Die deutsche Elite hat nicht erst seit Bush junior Probleme, den Typus amerikanischer Politiker zu erfassen und ernst zu nehmen. Das amerikanische Wahlsystem, der andere kulturelle Kontext sowie das politische System bringen Präsidenten ins Amt, die nicht deutschen Vorstellungen entsprechen. Ihr Auftreten befremdet. Insbesondere republikanische Präsidenten werden von der veröffentlichten Meinung oft „heruntergeschrieben“. Reagan wurde partout nicht den Ruf los, als Schauspieler ins Amt gekommen zu sein und auch dort als Schauspieler ahnungslos agiert zu haben. Die Presse von Bush junior war von Anfang an negativ, die deutschen Medien bevorzugten Al Gore. Bush wurde als *tumber Born-Again-Christ* beschrieben, der nur mit Mühe Schule, Ausbildung und Trunksucht bewältigt hatte. Auch Carter kämpfte mit

dem Image des „peanut-farmers“; generell gilt aber, dass demokratische Präsidenten aus der Sicht der Elite intellektueller und intelligenter erscheinen, wohl auch weil ihre Äußerungen politisch der Mehrheit deutscher Journalisten näher stehen. Es wird hier oft übersehen, dass manche für Deutsche befremdliche Äußerung, wie die demonstrative Religiosität oder eine eher vereinfachende, auf typisch amerikanische Bilder zurückgreifende Sprache der amerikanischen Massendemokratie, der Direktwahl des Präsidenten geschuldet sind und mit einem nicht nur in Nuancen unterschiedlichen Wertesystem zu tun haben.

Die deutsche außenpolitische Elite hat sich nach 1945 in krasser Abwendung von der bis dahin praktizierten Politik auf den amerikanischen Idealismus eingelassen, das heißt auf die damals von Washington propagierten und auch getragenen Ziele des Multilateralismus und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, des Souveränitätstransfers, der Toleranz und Konfliktlösung durch Handel und wirtschaftliche Instrumente. Dies passte zur eigenen Position der Schwäche und zur Ablehnung alles Militärischen. Nach Einschätzung der deutschen außenpolitisch Interessierten ergab sich mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1990 die Chance, diesen Werten in den internationalen Beziehungen zur vollen Durchsetzung zu verhelfen. Die Bereitschaft der außenpolitischen Elite war groß, sich mit den schwerfälligen Entscheidungsprozessen der UNO und problematischen Ergebnissen ihres Vorgehens abzufinden. Man übersah, dass die Vereinten Nationen aufgrund ihrer Struktur auch nach 1990 nicht in der Lage sind, die anstehenden Probleme zu lösen, woraus die amerikanische Führung andere Schlüsse zog als die deutsche. Washington entschied sich für das Prinzip der ungebundenen Souveränität zu Lasten der Multilateralität.

Ferner: Die deutsche außenpolitisch agierende Elite – angekommen in einem „normalen“ Staat – meint aufgrund der Bedeutung Deutschlands im Stil einer europäischen Großmacht agieren zu können. Im Umgang mit Partnern praktiziert Berlin einen eigenen Multilateralismus à la carte (Vorgehen in der EU). Im transatlantischen Kontext überschätzt Deutschland das eigene Gewicht und den eigenen Handlungsspielraum. Es erkennt die Defizite im militärischen Bereich, die lahrende Wirtschaft und die Probleme der Sozialsysteme nicht als das, was sie bedeuten: nämlich Einbußen an Macht und Gestaltungsspielraum. Aus amerikanischer Sicht jedoch hat Deutschland seit 1990 an Gewicht verloren: Es ist nicht mehr in strategisch bedeutender Lage, ist zu schwach, um Europa wirtschaftlich und politisch zu führen. „Ignore Germany“ hatte Condoleezza Rice als Devise ausgegeben, und Washington meint, es sich leisten zu können.

Auch die Wahrnehmung der Welt klafft beiderseits des Atlantiks auseinander. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Einheit fällt es der jetzt politisch gestaltenden Generation schwer, eine besondere Bedeutung der Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland zu erkennen. Die neuen Bedrohungen und drängenden Fragen: Terror, Bürgerkriege, Ressourcen stehen nicht im Vordergrund und werden in ihrer Relevanz für Deutschland nicht öffentlich diskutiert. Die Mittel für die Bundeswehr wurden kontinuierlich abgesenkt. „Deutschland ist umzingelt von Freunden“ – dies ist so verinnerlicht, dass es nicht gelungen ist, den Blick über Deutschland und vielleicht noch Europa hinaus zu heben und auf die Gefährdungen eine kohärente Antwort und brauchbare Strategien zu suchen. Innenpolitik überlagert seit Jahren alles, ihr wird die Außenpolitik instrumentell untergeordnet.

Bush versprach nach der Wahl, unter seiner Regierung werde die USA ein *humble hegemon* sein. Er wollte in außenpolitischen Engagements kürzer treten. In der Tat war die Außenpolitik bis zum 11. September 2001 innenpolitisch dominiert. Der 11. September verwandelte eine eher passive Außenpolitik in selbstbewusste Machtpolitik. Neben der demonstrativen Selbstgewissheit, die auf der gewachsenen militärischen Überlegenheit und der dynamischen Wirtschaft beruhte, schockierte die amerikanische Führung die deutschen Akteure mit dem Willen zu unilateralem Vorgehen und dem drastischen Wandel der Haltung zu den Verbündeten: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“ Arroganz der Macht, die keine US-Regierung seit 1945 an den Tag legte: „The US fights, the UN feeds and the EU funds.“

### Diskrepanzen im Wertesystem

Sicher, Deutsche und Amerikaner teilen die gleichen Werte wie zum Beispiel Freiheit und Demokratie. Sie sehen auch die gleichen Herausforderungen wie zum Beispiel terroristische Bedrohungen. Aber: Der Keim für Diskrepanzen in der Wahrnehmung der Welt wächst. Er liegt in dem Gewicht und in der Bedeutung, die die deutsche beziehungsweise amerikanische Seite der Herausforderung zumisst.

So werden die Bedrohungen aus dem Terrorismus, dem islamistischen Fundamentalismus und aus dem Nahost-Konflikt für das eigene Territorium unterschiedlich beurteilt. Amerikaner fühlen sich deutlich (rund zwanzig bis dreißig Prozent) stärker gefährdet als Europäer. Auch entwickelt sich die Sicht über den Nahen Osten auseinander: Amerikaner stellen sich zunehmend auf die Seite Israels, was auch religiös begründet wird, während Deutsche die israelische Politik mit wachsender Kritik betrachten. Nach jüngsten Umfrageergebnissen sehen Eu-

ropäer laut „Eurobarometer“ Israel als größte Gefahr für den Frieden (mit 59 Prozent vor Nordkorea!).

Die Bewertung des Militärs als Instrument der Sicherheitspolitik geht ebenfalls auf beiden Seiten auseinander. Zwar hat in Deutschland die Zustimmung zu friedenserhaltenden Einsätzen der Bundeswehr in den neunziger Jahren deutlich zugenommen – sie lag 1996 mit 93 Prozent über der Bereitschaft der Deutschen, ihre Verbündeten zu verteidigen (88 Prozent). Werden jedoch konkrete Gefährdungsszenarien abgefragt, sinkt die Akzeptanz militärischer Einsätze auf rund fünfzig Prozent. Bemerkenswert ist auch, dass 1996 doppelt so viele Amerikaner wie Deutsche bereit waren, Polen gegen einen Angriff Russlands zu schützen (Deutschland: 30 Prozent, USA: 61 Prozent). Auch in der Frage, wer die Führungsnation sein sollte, unterscheiden sich die Partner: Über die Hälfte der Amerikaner sieht die USA in dieser Rolle (52 Prozent). Ein hoher Anteil der Deutschen will überhaupt keine Führungsnation akzeptieren (25 Prozent).

Hinzu kommen historisch und kulturell bedingte mentale Gegensätze: Eine deutlich ausgeprägte pazifistische Strömung und ausgeprägtes Vertrauen zu internationalen Organisationen in Deutschland trifft auf amerikanischen Pragmatismus, gepaart mit Skepsis über die Leistungsfähigkeit internationaler Organisationen, dem Wissen um das herausragende Militärpotenzial und die traditionelle Ansicht, dass das Anpacken eines Problems bereits seine Lösung sei.

Problematisch für die transatlantische Kommunikation und das Verständnis ist auch die Auseinanderentwicklung in Fragen der Religion. Während in Deutschland die Zahl der Kirchenmitglieder sinkt, die Haltung zur Religion zunehmend indifferent ist und der Anteil bekennender Atheisten nicht nur durch die deutsche Einheit gewachsen

ist, nimmt in den USA das Bekenntnis zur Religion zu. Deutsche Politiker bekennen sich selten oder nie zur Religion. Gerhard Schröder ist der erste Bundeskanzler, der bei seinem Amtseid das „So wahr mir Gott helfe“ nicht gesprochen hat. Von amerikanischen Politikern, gerade auch vom Präsidenten, wird das religiöse Bekenntnis erwartet. 41 Prozent der Amerikaner sagen, dass ihre Politiker sich zu wenig zu Religion und Glauben bekennen. 21 Prozent sind der Ansicht, dass der Glaube die Politik von Bush zu wenig beeinflusst, 58 Prozent meinen, dass das Maß gerade richtig sei. Die Zustimmung zu religiös-politischen Aussagen steigt, wenn sie einem Politiker, insbesondere einem Präsidenten zugeordnet werden. Die gelegentlich an Kreuzzugsrhetorik gemahnenden Äußerungen von Angehörigen der Bush-Administration werden also nicht abnehmen, zumal nicht in einem Wahljahr. Das Befremden der Europäer wird demnach weiter Nahrung erhalten.

### **Elitenwandel beeinflusst die Außenpolitik**

In allen Umfragen sind außenpolitische Eliten und Bevölkerungsmeinung weitgehend in Einklang – in Deutschland wie in den USA. Das heißt einerseits, dass die Politik in Einklang mit Meinungsumfragen agiert. Das heißt zugleich, dass die Eliten nicht versuchen zu führen und Meinung zu bilden. Sie können jederzeit auf ein Meinungsklima zurückgreifen, das Populismus begünstigt.

Die Kontinentaldrift ist zweifellos mitbedingt durch den Wechsel der Generationen und der anderen ideologischen Prägungen in Politik, Medien und Bildung. Dies bezieht sich nicht nur auf die Art des Umganges der transatlantischen Partner miteinander, sondern auch auf die Unwilligkeit, einer Stimmung gegenzusteuern, die Antiamerikanismus gesellschaftsfähig macht.



Die Bush-Administration ist tief gespalten, die außenpolitischen Strategien des Außen- und Verteidigungsministeriums sind höchst unterschiedlich. Amerikanische Außenpolitik kennt immer wieder rasche Veränderungen, zeigt sich eine Vorgehensweise als wenig erfolgreich. So könnten sich die Arbeitsbeziehungen bessern, wenn sich die Linie des State Departments durchsetzt oder in beiden Ländern ein personeller Wechsel an der Spitze stattfindet. Aber auch Republikaner und Demokraten unterscheiden sich nicht in der Zielsetzung, sondern nur in Fragen der Durchführung; bereits Clinton strebte 1998 den Regimewechsel im Irak an. Solange es bei grundsätzlich unterschiedlichen Antworten auf zentrale Fragen bleibt, ist ein kooperatives Miteinander kaum möglich.

Außenpolitische Erfahrung und Stilgefühl waren einmal selbstverständlich. Das Defizit ist offenkundig. Es ist dringend notwendig, in Deutschland eine außenpolitische Elite heranzuziehen und außenpolitische Themen fundierter in die öffentliche Diskussion zu bringen. Alle Parteien, auch die Medien haben einen Mangel an Personal mit außen- und sicherheitspolitischen Kenntnissen und sicherem Urteil. Im neugewählten Bundestag ist die personalpolitische Decke sehr dünn. Immer weniger außenpolitisch relevante Amerikaner kennen sich mit Deutschland aus. Hier müssen alte Kontakte gepflegt und neue etabliert werden.

Elitenwandel allein ist jedoch nicht für die Zerrüttung des Verhältnisses verantwortlich. Beiderseits des Atlantiks glaubt man, sich dieses leisten zu können. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Gefahrenlage verändert und damit auch die Koordinaten der Außenpolitik. Die Interessen waren immer unterschiedlich, aber Führungsstil und das Bewusstsein einer Wertegemeinschaft verhinderten, dass

Meinungsverschiedenheiten in der Sache zu einer Entfremdung führten: Die USA waren immer die globale Macht, Deutschland hingegen europazentriert. Für Washington war die Entspannung unteilbar, für Deutschland war sie sehr wohl teilbar. Aber im Kalten Krieg hatten beide einen gemeinsamen Feind und gemeinsame Prioritäten. Heute stehen unterschiedliche Interessen im Vordergrund, und sie sind zu Konfliktthemen geworden: In der Bedrohungswahrnehmung, der Frage der Führung in der internationalen Politik, der Frage, wie die Herausforderungen bewältigt werden sollen. Die Antworten sind oft konträr. Der Machtunterschied, die Nichtakzeptanz des amerikanischen Führungsanspruches bei gleichzeitiger Unfähigkeit der Deutschen, die EU zu einem gleichgewichtigen außenpolitischen Partner auszubauen – also das dauerhafte Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit, gepaart mit einem tendenziell anti-amerikanisch eingefärbten Bild –, sorgt auf deutscher Seite für Permanenz im Streit. Auf amerikanischer Seite sieht man hingegen genügend europäische Partner, mit denen man kooperieren kann.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen stehen an einem Scheideweg. Von den Eliten, aber auch von politischen Ereignissen wird abhängen, in welche Richtung sie sich dauerhaft entwickeln. Da der Zusammenhalt in gemeinsamer Abwehr eines klar fixierbaren gemeinsamen Feindes derzeit nicht gegeben ist, müssen die Eliten beider Seiten lernen, einen Umgang miteinander zu entwickeln, in dem mit Differenzen kooperativ umgegangen wird, damit fortbestehende gemeinsame Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik nicht gefährdet werden. Deren Definition steht jedoch für Deutschland noch aus.